

Rede

Kiel, 08.10.2010

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [landtag@ssw.de](mailto:landtag@ssw.de)

## Entschießung zur Verlängerung der Konzession zur Ölförderung im Wattenmeer

Das Wattenmeer ist eines der sensibelsten Lebensräume und empfindlich gegenüber allen äußeren Einflüssen. Um diesen Lebensraum zu schützen wurde 1978 das länderübergreifende Wattenmeersekretariat gegründet und 1985 das Nationalparkgesetz verabschiedet – wir konnten gerade das 25 jährige Jubiläum begehen. Und seit etwas über einem Jahr hat das Wattenmeer den Status eines UNESCO-Weltnaturerbes. Diese Schutzkategorien und Auszeichnungen machen den Wert des Wattenmeeres deutlich, der weit über die Landesgrenzen hinaus reicht. Unser Watt ist weltweit einzigartig als eines der größten Küstenfeuchtgebiete der Erde.

Angesichts der Schutzkategorien und der weltweiten Bedeutung des Wattenmeeres sagt es sich von selbst, dass menschliche Eingriffe, die dieses Ökosystem gefährden äußerst kritisch gesehen werden müssen. Dies gilt auch und insbesondere für die Öl- und Gasförderung in diesem Gebiet. Wie verheerend es aussieht, wenn Rohöl auf Feuchtgebiete prallt, kann man ja immer noch im Mississippi-Delta sehen. Leider ist es aber nicht so, dass diese besondere Schutzwürdigkeit des Wattenmeeres sich auch in der entsprechenden Gesetzgebung widerspiegelt. Aus rechtlichen Gründen wurde seit jeher zähneknirschend akzeptiert, dass sich die Ölplattform Mittelplate im Wattenmeer befindet, und dies wurde im Nationalparkgesetz entsprechend berücksichtigt. Dies war politischer Konsens der erzielt werden konnte. Klar war aber immer, dass die Mittelplate im Wattenmeer kein



Leuchtturm sondern ein Fremdkörper ist.

Angesichts dieser Vorgeschichte erstaunt mich die Art und Weise, wie jetzt im zuständigen Ministerium mit diesem heiklen Thema umgegangen wurde. Aus Sorge vor Protesten von „industrie-aversen“ Umweltschützern und vor erneuten Diskussionen wegen der Konzessionsverlängerung wurde von einem Abteilungsleiter des Ministeriums klammheimlich die Order an das Bergbauamt erteilt, der Betreiberin RWE-Dea eine Verlängerung zu gewähren. Wir müssen akzeptieren, dass die Konzessionsverlängerung für den Betrieb ein Ölbohr- und Förderinsel trotz Naturschutzrecht, Nationalparkstatus und UNESCO-Auszeichnung allein nach dem Bergrecht geregelt werden kann. Das verstehen viele Menschen zu Recht nicht, das ist aber leider der rechtliche Rahmen, in dem wir uns bewegen. Politisch geht es aber bei der Mittelplate schon immer um mehr als Rohstoffgewinnung und deshalb ist es vollkommen indiskutabel, dass die Landesregierung in voller Kenntnis der Interessenkollision sich nicht nur allein auf bergbaurechtliche Bestimmungen zurückgezogen hat, sondern auch noch eine Verlängerung um 30 Jahre erwirkt hat. Das ist dreimal länger, als das Bergbauamt selbst empfohlen hat.

Dass der betreffende Abteilungsleiter dann auch noch Mitglied im Beirat einer Tochter von RWE-Dea sein soll macht es nur noch schlimmer. Eine solche Person mit einem derartigen Auftrag zu betreuen ist ein massiver Fehler der Ministeriumsspitze. Der Minister hätte den besagten Abteilungsleiter S. bereits im Vorfeld von der Sache abziehen müssen, um jegliche Mutmaßung über Gemauschel zu verhindern. Hier sind Sie, Herr Minister, ihrer Fürsorgepflicht als Arbeitgeber nicht nachgekommen. Dass Minister de Jager hier im Parlament dann auch noch falsche Informationen geliefert hat, weil sein Haus offensichtlich auch noch erhebliche interne Kommunikationsprobleme mit Emails hat, hat alles nur noch schlimmer gemacht. Gerade bei solch einem brisanten Thema wie die Ölförderung im Wattenmeer erwarten wir von einem Minister mehr Führung, mehr Professionalität, mehr Fingerspitzengefühl und mehr Offenheit - auch wenn diese Offenheit zu Protesten von „industrie-aversen“ Umweltschützern führt. Allein diese Bezeichnung aus Ihrem Hause spricht Bände.

Wenn schon die kritische Abwägung von wirtschaftlichen Interessen und naturschutzfachlichen Belangen für das Ministerium ein Problem ist, dann muss ich davon ausgehen, dass der SSW in den Augen des Ministeriums auch „industrie-avers“ ist. Denn wir sind auch der Meinung: Potenziell verunreinigende Industrieanlagen wie die Mittelplate haben im Nationalpark Wattenmeer grundsätzlich genau so wenig zu suchen wie eine Chemiefabrik auf einem Kinderspielplatz. Für Ölkonzerne steht der Schutz der Umwelt aus natürlichen Gründen nicht an erster Stelle, ihr Zweck ist rein betriebswirtschaftlich. Gerade deshalb erwarte ich aber von der Landesregierung, dass sie nicht einfach den Interessen der RWE-Dea den



Vorrang gibt, sondern dass sie alle Interessen des Landes vertritt und dass sie den Wert erkennt, den ein intaktes Wattenmeer hat – übrigens nicht nur ökologisch, sondern im hohen Grade auch ökonomisch.